

## "Gemeinden brauchen dauerhaft finanzielle Rückendeckung"

Utl.: AK fordert mehr Kinderbetreuung statt mehr steuerlicher Familienförderung =

Wien (OTS) - Eine aktuelle Eltern-Befragung im Auftrag des Gemeindebundes zeigt: Zwar gibt es eine hohe Zufriedenheit der Eltern mit den PädagogInnen, die hier hervorragende Arbeit leisten. Gleichzeitig sagen aber 42 Prozent, dass mehr in Kinderbetreuung investiert werden muss. "Diese Frage muss auch in Zusammenhang mit der Steuerreform gesehen werden", sagt Sybille Pirklbauer, Expertin für Frauen- und Familienpolitik in der AK Wien. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass steuerliche Entlastungen wie der Kinderfreibetrag bei den Familien nicht wirklich ankommen. Nicht einmal für die Hälfte der potenziell anspruchsberechtigten Kinder konnte der Freibetrag auch abgeholt werden. AK Pirklbauer: "Die Priorität muss daher ganz klar auf Investitionen für mehr und bessere Kinderbetreuung liegen."

Unverzichtbar ist für die AK das weitere finanzielle Engagement des Bundes. Seitdem dieser Geld für die Kinderbetreuung zur Verfügung stellt, erfolgt der Ausbau doppelt so schnell wie in den Jahren davor. Die 305 Millionen Euro, die bis 2017 zur Verfügung stehen, sind ein sehr wichtiger Schritt. Es muss aber sichergestellt werden, dass nicht verbrauchte Mittel auch darüber hinaus eingesetzt werden können. Und: "Die Gemeinden brauchen darüber hinaus auch dauerhaft finanzielle Rückendeckung", so AK Pirklbauer. "Diese sollen künftig Zuschüsse nach der Zahl der betreuten Kinder erhalten. Das heißt: je besser das Betreuungsangebot, desto mehr Geld gibt es, Stichwort aufgabenorientierter Finanzausgleich."

Im Rahmen der Steuerreformkommission hingegen wurden Vorschläge eingebracht, die nur den besser verdienenden Familien nützen und bis zu 1,1 Milliarden Euro kosten würden - das ist mehr als die Hälfte der Gesamtsumme, die jährlich für Kinderbetreuung ausgegeben wird. AK Pirklbauer: "Die finanziellen Mittel sind begrenzt, daher müssen Investitionen in die Kinderbetreuung absolute Priorität haben, wie auch die Befragung des Gemeindebundes zeigt. Damit würde die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert, sowie mehr Chancengleichheit für die Kinder und mehr Beschäftigung geschaffen."

Lücken gibt es auch aus AK Sicht insbesondere in der

Kleinkindbetreuung. Noch immer sind die Unterschiede zwischen den Bundesländern extrem groß: Während Wien bereits 40 Prozent der Unter-3-Jährigen einen Betreuungsplatz bietet, sind es in Oberösterreich gerade einmal 14 Prozent. Probleme gibt es auch bei den Öffnungszeiten. Hier braucht es vor allem im Kindergartenbereich Verbesserungen. Auch die Forderung nach einem bundeseinheitlichen Qualitätsrahmen und kleinere Gruppen teilt die AK.

~

Rückfragehinweis:

AK Wien Kommunikation  
Katharina Nagele  
Tel.: (+43-1) 501 65 2678  
mailto:katharina.nagele@akwien.at  
http://wien.arbeiterkammer.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/26/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0141 2015-01-15/12:34

151234 Jän 15

Link zur Aussendung:

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20150115\\_OTS0141](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20150115_OTS0141)